

**Stadtrat**

Beschluss

vom 6. Juni 2001

Nr. 0678

Postulat

**Max Lemmenmeier betreffend "Reorganisation der Oberstufe in der Stadt St.Gallen"; Frage der Erheblicherklärung**

Max Lemmenmeier und 24 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 3. April 2001 das beiliegende Postulat "Reorganisation der Oberstufe in der Stadt St.Gallen" ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1** Das Postulat greift erneut die Problematik der Oberstufe in der Stadt St.Gallen im Hinblick auf die Umsetzung des kantonalen Oberstufenkonzeptes auf, zu welchem der Stadtrat bereits am 12. März 1995 in Beantwortung der Interpellation "Wann wird das kantonale Oberstufenkonzept in der Stadt endlich realisiert?" Stellung bezog. Der Stadtrat hielt damals fest, dass in der Stadt historisch und strukturbedingt nur in Teilen eine Annäherung an das kantonale Oberstufenkonzept erfolgte, und dass diese blossе Annäherung in der besonderen Konkurrenzsituation der verschiedenen Schulen auf der Sekundarstufe gründet, welche zu stark divergierenden Quoten von Real- und Sekundarschülerinnen und -schülern, aber auch zu unterschiedlichen Organisationsformen der Oberstufenschulen führt. Für besondere Massnahmen sah er keinen Handlungsbedarf, zumal sich der Erziehungsrat zu zusätzlichen Abklärungen über die künftige Organisation der Katholischen Kantonssekundarschule, der Übungsschule der Pädagogischen Hochschule und des Untergymnasiums verpflichtete. Wörtlich hielt der Erziehungsrat in seinem Protokoll vom 20. April 1994 zur Oberstufenorganisation in der Stadt St.Gallen fest: „Die weitere Behandlung des Geschäftes durch den Erziehungsrat ist vorderhand zurückzustellen, bis über die künftige Organisation der Katholischen Kantonssekundarschule, der Übungsschule der Pädagogischen Hochschule und des Untergymnasiums der Kantonsschule St.Gallen Klarheit herrscht.“ Gleichzeitig wurde das Erziehungsdepartement eingeladen, „auf Grund der Ergebnisse weiterer Abklärungen zur Oberstufenorganisation auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten“.

Bei dieser Sachlage beauftragte der Stadtrat die Schulverwaltung, in Ausrichtung auf das Machbare in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft und den Trägern von Oberstufenschulen Möglichkeiten einer weiteren Annäherung an das kantonale Oberstufenkonzept auszuloten. Die Ergebnisse der vom Erziehungsrat in Aussicht gestellten Abklärungen sollten in die Über-



legungen einbezogen werden.

**2** Mit der Weiterentwicklung des kantonalen Oberstufenkonzeptes in den städtischen Schulen beschäftigte sich in der Folge eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der städtischen Schulverwaltung und der Katholischen Kantonssekundarschule. Die Arbeitsgruppe stand unter der Leitung von Erziehungsrat Josef Weiss. Sie verfolgte bei der Erarbeitung von Thesen für die Entwicklung der Oberstufe nach kantonalem Konzept drei Ziele, nämlich

- eine weitgehende Zusammenarbeit in der Organisation der Oberstufe,
- eine gemeinsame Schulpolitik,
- die gemeinsame Übernahme der Verantwortung über die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Oberstufenorganisation.

Hauptprobleme in den Verhandlungen und letztlich unüberbrückbare Differenz waren einerseits das Führen von Realklassen an der Katholischen Kantonssekundarschule, andererseits die Klassenbildung bzw. die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den einzelnen Sekundar- und Realklassen mit dem Ziel, flächendeckend in allen Oberstufenschulhäusern der Stadt eine Verteilung der Sekundar- und Realklassen im Verhältnis von 2/3 zu 1/3 zu erreichen. Die Arbeitsgruppe konnte sich weder auf eine gemeinsame Zuteilung für die Klassenbildung einigen, noch bestand Übereinstimmung in der politischen Ausrichtung für eine Annäherung an die vom Oberstufenkonzept vorgegebenen Quoten von 2/3 Sekundar- und 1/3 Realklassen an den Oberstufenschulen.

Zur Klassenbildung kam aus Sicht der Stadt nur ein Konzept in Frage, welches freien Zutritt in die Oberstufenzentren ohne Zutrittsbarrieren vorsieht. In funktionsfähigen Oberstufenzentren von vernünftiger Grösse sollte das gesamte Spektrum von weniger begabten bis zu begabten Schülerinnen und Schülern der Oberstufe vertreten sein. Ebenso sollten Jugendliche verschiedener Religionen und Nationalitäten in den für sie geeigneten Regel-, Klein- oder Deutschklassen unterrichtet werden. Dies bedeutet, dass in den Oberstufenschulhäusern nicht nur Regelklassen, sondern bei Bedarf auch Kleinklassen geführt werden. Demzufolge sollte auch die Klassenzuteilung der Jugendlichen ausschliesslich nach den Bestimmungen des kantonalen Promotions- und Übertrittsreglementes auf Grund der erbrachten schulischen Leistungen bzw. der Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler erfolgen. Weitere Zuteilungskriterien wurden von städtischer Seite verworfen.

Der städtischen Forderung nach offenen Schulen, insbesondere nach Schulen ohne Zutrittsbarrieren für Jugendliche verschiedener Religionen und Nationalitäten stand die Haltung der Katholischen Kantonssekundarschule gegenüber. Diese definiert sich als christliche Schule katholischer Prägung und ist in diesem Verständnis gewillt, die christlich-abendländischen Wertvorstellungen in einem Unterricht mit christlichem Profil zu vermitteln. Einer vollen Öffnung nach den städtischen Vorstellungen konnte die Katholische Kantonssekundarschule nicht zustimmen.

Da städtischerseits eine organisatorische Zusammenarbeit mit Ausrichtung auf eine gemeinsame Schulpolitik davon abhängig gemacht wurde, dass sich die Katholische Kantonssekun-



darschule ohne Zutrittsbarrieren öffnet, diese jedoch am Schulangebot mit christlichem Profil festhielt, stellte die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit ein. Katholischer Administrationsrat und Stadtrat fanden sich in der Beibehaltung des Status quo und bestätigten dies mit Schreiben vom 15. April 1998 auch gegenüber dem Erziehungsrat.

Aus diesen Verhandlungen geht das Bestreben der Stadt hervor, die Weiterentwicklung der Oberstufenreform voran zu treiben, dies aber nicht zu jeder Bedingung. Einer Oberstufenreform in der Stadt kann nur dann zugestimmt werden, wenn alle Oberstufenschulen Real- und Sekundarklassen mit freiem Zugang für alle Schülerinnen und Schüler führen und wenn sich mit der Reform die Situation der heutigen städtischen Schulen in der gegebenen Konkurrenzsituation nicht verschlechtert.

**3** Wie bereits erwähnt, beschloss der Erziehungsrat am 20. April 1994, die Oberstufenreform in der Stadt St.Gallen so lange zurück zu stellen, bis über die künftige Organisation der Katholischen Kantonssekundarschule, der Übungsschule der Pädagogischen Hochschule und des Untergymnasiums der Kantonsschule Klarheit herrscht. Nach heutigem Wissensstand hat das Erziehungsdepartement keine weiteren Abklärungen getroffen. Gegenüber dem seinerzeitigen Status haben sich Bestand und Finanzierung des Untergymnasiums gemäss dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995 sowie die Standortfrage der Übungsschule an der Pädagogischen Hochschule geklärt. Das Untergymnasium wird als überregionales Angebot der Sekundarstufe I mit Standort Kantonsschule am Burggraben weiter bestehen, für die Übungsschule an der Pädagogischen Hochschule steht ein Standortwechsel nach Gossau in die Räume des heutigen Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnenseminars AHLS bevor. Damit fallen das Untergymnasium und die Übungsschulen an der Pädagogischen Hochschule für ein gesamtstädtisches Oberstufenkonzept gemäss den kantonalen Vorgaben ausser Betracht. Im Gegensatz zu den Vorstellungen im Postulatstext bleibt als Verhandlungspartner für ein städtisches Oberstufenkonzept ausschliesslich die Katholische Kantonssekundarschule. Der Stadtrat ist zu einem nochmaligen Versuch für eine gemeinsame Oberstufenpolitik mit der Katholischen Kantonssekundarschule bereit, wird aber an seiner Grundhaltung für offene Schulen festhalten. Aus den bisherigen Verhandlungserfahrungen ist bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit grossen Vorbehalten seitens der Katholischen Kantonssekundarschule zu rechnen, da nur ein geringer Verhandlungsspielraum besteht. Ohne dass sich deshalb der Erziehungsrat konkret zur künftigen Organisation dieser Schulen äussert, dabei auch explizit Stellung zu möglichen Zutrittskriterien nimmt, sind auf Grund des Status quo kaum Erfolge in Richtung einer gesamten Oberstufe in leistungsfähige Oberstufenzentren zu erwarten. Dies gilt um so mehr, als die Stadt nur zu Lösungen Hand bieten kann, welche nicht einseitig zu Lasten der städtischen Schulen gehen. Der Stadtrat wird deshalb die abgebrochenen Verhandlungen über die Oberstufenreform in der Stadt mit der Katholischen Kantonssekundarschule erst dann wieder aufzunehmen, wenn die vom Erziehungsrat in Aussicht gestellten Abklärungen der Organisation der einzelnen Oberstufenschulen vorliegen und der Verhandlungsrahmen so gesetzt werden kann, dass allfällige Vorgaben für das weitere Vorgehen sich nicht zum Nachteil der städtischen Schulen auswirken.



**4** Mit der Beschränkung auf Verhandlungen mit der Katholischen Kantonssekundarschule grenzt sich der Stadtrat klar von der Postulatsbegründung ab, welche Verhandlungen mit allen Trägern von Oberstufenschulen, also auch mit dem Kanton als Träger des Untergymnasiums und der Übungsschulen an der Pädagogischen Hochschule verlangt. Aus den bereits genannten Gründen erachtet er ein solches Vorgehen als weder zweckmässig noch als erfolgversprechend. Gleichwohl bleibt auch bei Verhandlungen mit nur einem Schulträger die Frage der künftigen Organisation der Oberstufenschulen, wie sie im Postulatsantrag erwähnt wird. Im Vordergrund der städtischen Bemühungen wird die gemeinsame offene Klassenbildung und Zuteilung der Klassen an die verschiedenen Oberstufenschulhäuser unter Beibehaltung der bisherigen Trägerschaften stehen. Einer möglichen Übernahme der Katholischen Kantonssekundarschule steht der Stadtrat rein aus Kostengründen skeptisch gegenüber. Die Übernahme würde den städtischen Haushalt auf der Basis heutiger Schulgelder mit jährlichen Zusatzkosten von 7.5 Mio. Franken belasten. Dazu kämen Kosten einer allfälligen Übernahme von Schulgebäuden.

Mit dieser klaren Abgrenzung gegenüber der Postulatsbegründung ist der Stadtrat bereit, das Postulat im Sinne des Postulatantrages **erheblich** zu erklären.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird Kenntnis genommen.
2. Der Schulvorstand wird beauftragt, im Grossen Gemeinderat in diesem Sinne zur Frage der Erheblicherklärung Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat Max Lemmenmeier vom 3. April 2001

Protokollauszug:

Schulverwaltung (3)

Finanzverwaltung (3)

